blickpunkt Kranichstein

3/2015 Sept./Okt. 2015

zeitung der dkp-darmstadt für kranichstein

Flüchtlinge

Ich krieg die Bilder nicht mehr aus dem Kopf

Tausende Menschen ertrinken beim Versuch die Mauern der Festung Europa zu überwinden. Oder ersticken im Laderaum eines abgestellten LKW, wie in Österreich. In den Medien sieht man Betroffenheit heuchelnde EU-Politiker, die sich über Schleuserbanden empören. Dabei sind sie es, die den Schleusern die Menschen in die Arme treiben, weil es keine legalen Fluchtwege nach Europa gibt!

Deutschland ist mitverantwortlich für Krieg und Elend, die Menschen zur Flucht treiben. Ich rede von den Waffenexporten an Türkei und Saudi-Arabien, die den Bürgerkrieg in Syrien durch die Unterstützung islamistischer Gruppierungen wie den IS anheizen. Ich rede von der politischen und militärischen Unterstützung der sogenannten „Rebellen“ in Syrien. Ich rede von Deutschland als logistischem Drehkreuz des Krieges gegen Libyen, der dort die staatlichen Strukturen zerschlagen und Chaos und Elend hinterlassen hat. Ich rede von den Kriegen in Afghanistan und Irak, in denen die Länder in die Steinzeit zurück gebombt wurden und heute Warlords das Leben beherrschen. Ich rede vom Krieg gegen Jugoslawien, der zur Abtrennung des jetzt Drogen- und Mafiastaates Kosovo geführt hat, in dem es keine menschenwürdigen Perspektiven gibt. Ich rede vom Konflikt in der Ukraine, wo durch offene Unterstützung nationalistischer und faschistischer Kräfte ein Bürgerkrieg zumindest billigend in Kauf genommen wird. Bei all dem hat Deutschland die Finger im Spiel. Und an all diesen Konflikten verdienen sich Rüstungsunternehmen eine goldene Nase. Andere Unternehmen gieren nach den gut ausgebildeten und vor allem billigen Arbeitskräften, die ins Land kommen.

Die tausenden Toten an den Grenzen der EU sind kein Unfall- sie sind Folgen der Politik derselben Politiker, die sich jetzt als Gutmenschen profilieren.

Wir müssen den Kriegstreibern und Profiteuren des Todes in die Arme fallen!

Die imperialistischen Kriege von EU und NATO - Grund genug für's Fliehen!

Refugees welcome! Weg mit der Festung Europa! Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien!
Schluss mit Waffenexporten! Schluss mit den Militärinterventionen!
Schluss mit dem imperialistischen Krieg!

[hh]

Erich-Kästner-Schule

Es stinkt!

In der Schule lernt man für´s Leben. Ob der Philosoph Seneca, von dem dieses Zitat stammt, die Erich-Kästner-Grundschule in Kranichstein dabei vor Augen hatte, darf bezweifelt werden.

Die Schule ist mit 24 Klassen und ca. 550 Schülern die größte ihrer Art in Darmstadt. Ab September startet dort ein Modellprojekt der Landesregierung: „Pakt für den Nachmittag“.

Dabei hat die Schule ganz andere Probleme: Wegen Platzmangels wird im Vierschichtbetrieb zu Mittag gegessen, die alten WC-Anlagen sind sanierungsreif und stinken zum Himmel. Fehlende Unterrichts- und Betreuungsräume, defekte Fenster und eine nicht regulierbare Heizung. Ein mobiler Container auf dem Schulhof wurde aufgebaut, ist aber zu klein.

Die Eltern sind sauer. Briefe an Magistratsmitglieder haben nichts gebracht, das städtischen Immobilienmanagement IDA kommt nicht in die Gänge.

Die Stadt ist jetzt am Zuge. Anstatt sich für Modellprojekte feiern zu lassen, müssen die notwendigen Sanierungsmaßnahmen schnellstens eingeleitet werden. Und nicht nur an der Erich-Kästner-Schule, sondern auch an anderen Schulen in Darmstadt – dort sieht es nicht besser aus. Damit die Schüler wenigstens die Chance haben das zu tun, was dem alten Seneca mal vorschwebte.

[rk]

Griechenland endlich "gerettet"?

Wem hilft das „Griechenland-Hilfsprogramm“

Unaufhörlich predigen die Medien, dass „die Griechen“ über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Die verordnete Sparpolitik sei alternativlos.

Dies ist die Darstellung für den „Normalbürger“. Entscheidungsträger brauchen Fakten statt Propaganda-Nebel. Am 19.8. schrieb das Manager Magazin: „Bereits jetzt wird klar, dass unsere Hilfsgelder allenfalls im politischen System, bei einigen reichen Griechen sowie bei Banken landen, definitiv aber nicht bei den 11 Millionen Griechen, die dringend Unterstützung brauchen.“

Die griechische Regierung hat 14 profitable Flughäfen für 1,2 Milliarden Euro an die deutsche Fraport AG verkauft. Der Profit landet bei Fraport, die unprofitablen Flughäfen bleiben beim griechischen Staat. Diese „Medizin“ ist bitter für die Griechen, aber süß und einträglich für die deutsche Fraport AG.

Desaster der Verhandlungen & Illusionen der Syriza

Die Wahl der Syriza-Regierung und das klare „Nein“ beim Referendum haben nicht verhindert, dass der griechischen Arbeiterklasse brutale Sparmaßnahmen aufgezwungen wurden. Die Verhandlungen mit der „Troika“ endeten in einem Desaster. Schon im Februar 2015 drehte EZB-Präsident Mario Draghi Griechenland den Geldhahn zu, indem die EZB griechische Staatsanleihen nicht

Mitglieder der kämpferischen Gewerkschaft PAME

Kämpfen statt verhandeln!

mehr als Sicherheit akzeptierte. Finanzminister Schäuble drohte mit einem Rausschmiss Griechenlands aus dem Euro. Syriza hatte keinen „Plan B“ und stimmte einer „Vereinbarung“ zu, die dem Ergebnis des Referendums vollkommen widersprach.

Vor den Wahlen versprach Syriza, Griechenland könne Mitglied der EU sein, den Euro als Währung behalten, die Kapitalisten schonen – und gleichzeitig die Lebensbedingungen der einfachen Menschen verbessern und die unsozialen Sparmaßnahmen der Vorgängerregierungen aufheben.

Vermutlich genau wegen dieser Versprechungen wurde Syriza gewählt. Während die Wähler ihre Interessen im Parlament vertreten glaubten, manche

[Fortsetzung auf Seite 2]

[Fortsetzung von Seite 1]

den charismatischen Alexis Tsipras als „neuen Messias“ feierten und der Protest auf den Straßen nachließ, konnten die griechischen Millionäre und Milliardäre ihre Vermögen unbehelligt ins Ausland schaffen. Für die Krise zahlen wieder die einfachen Leute.

Solidarität mit dem Kampf gegen Lohn- und Rentenabbau

Mit dem radikalen Sozialabbau der „Agenda 2010“ leitete die rot-grüne Bundesregierung ein massives Kostensenkungsprogramm für die deutsche Wirtschaft ein. Seitdem kann die deutsche „Exportwalze“ die Märkte mit billigen Waren überschwemmen.

Diese Politik bedeutet einen Wettlauf der Länder („Standorte“) um niedrigste Löhne und Produktionskosten. Sie führt zu einer Spirale des Lohn- und Sozialabbaus. Eine Absenkung der Löhne und Renten in den jetzigen „Schuldenstaaten“ würde dazu führen, dass bei uns neue Spar- und Kürzungsprogramme (z.B. „Agenda 2020“ genannt) aufgelegt würden. Ziel: die Kostenvorteile der deutschen Wirtschaft wiederherstellen.

Daher müssen wir im eigenen Interesse alle Kämpfe gegen Sozialabbau und Sparpolitik unterstützen, ob in Griechenland, in Deutschland oder in anderen Ländern. Auch nach den griechischen Neuwahlen im September wird es darauf ankommen, nicht auf das Parlament zu vertrauen sondern aktiv gegen Lohn- und Rentenabbau zu kämpfen.

[mm]

Die Türkei zündelt am Pulverfass

Spiel mit dem Feuer: türkische Truppen auf dem Weg zur syrischen Grenze.

Am 20. Juli riss in der türkischen Stadt Suruc ein Selbstmord-Attentäter (Islamist und davor Mitglied der MHP - faschistische Partei in der Türkei), 33 Menschen mit in den Tod und verletzte dutzende linker Aktivisten. Diese waren auf dem Weg in die von der Terrormiliz IS (Islamischer Staat) zerstörte Stadt Kobane, um Kindern Spielzeug und Kleidung zu bringen. Seit dem Attentat herrschen in der Türkei bürgerkriegsähnliche Zustände. Der Friedensprozess zwischen der kurdischen Arbeiterpartei PKK und der Türkei ist Geschichte. Das türkische Militär fliegt Luftangriffe in Syrien und Nordirak und geht massiv gegen kurdische Aktivisten und jede linke Opposition im eigenen Land vor.

Zum Hintergrund: Bei den Parlamentswahlen Anfang Juni musste die regierende AKP unter Präsident Erdogan drastische Verluste hinnehmen und verfehlte die absolute Mehrheit. Erdogan setzt jetzt auf Neuwahlen. Nach dem Anschlag rechnet er damit, durch sein brutales Durchgreifen wieder die absolute Mehrheit zu erringen. Das Attentat kam für ihn also zum richtigen Zeitpunkt und lieferte ihm den Vorwand, hunderte von linken Aktivisten zu verhaften und die pro-kurdische Opposition zu schwächen.

Gleichzeitig ist die Türkei ein Rückzugsgebiet der Terrormiliz IS. Die Kooperation zwischen Türkei und IS ist nichts Neues. Unzählige LKW wurden dabei erwischt, wie sie Waffen und Munition statt der deklarierten Hilfsgüter nach Syrien einschleusen wollten. Die türkische Regierung hat so Wesentliches zum Bürgerkrieg in Syrien beigetragen. Der syrische Präsident Assad ist zur offenen Zielscheibe geworden und soll mit aller Macht gestürzt werden.

Das Ziel der türkischen Luftangriffe an der Grenze zu Irak und Syrien sind daher nicht vorrangig die islamischen Terrormilizen. Ziel sind die Stellungen der Kurden, die alleine dem IS wirksam Widerstand entgegen setzen. Und Ziel ist die Destabilisierung Syriens, auch auf die Gefahr einer weiteren Eskalation und eines offenen Krieges. Schon jetzt sind in der Türkei nach offiziellen Angaben mehr als 1,4 Mio. Flüchtlinge aus Syrien – Erdogans Zündeln am Pulverfass wird weitere Menschen in die Flucht treiben.

Deutschland hat die Türkei in diesem Konflikt mit Waffen, Soldaten und Patriot-Raketen unterstützt. Diese sollen Anfang 2016 zwar wieder abgezogen werden. Aber die deutsche Regierung findet noch immer keine klaren Worte gegen den „NATO-Partner“ Türkei und die brandgefährliche Politik Erdogans.

Als DKP fordern wir:

- Sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen!

- Weg mit dem Verbot der PKK!

- Hilfe für die syrischen Flüchtlinge!

- Ein Ende der Sanktionen gegen Syrien!

[mö]

Heißes Pflaster Kranichstein?

Anfang Juli erschien im „Echo“ ein Artikel mit der Überschrift "Kranichstein - ein heißes Pflaster“. Berichtet wurde dort von einem Siebenundzwanzigjährigen, der in eine Messerattacke und Drogengeschäfte verwickelt war.

Diese Art der Berichterstattung hat viele Kranichsteiner auf die Palme gebracht – mehrere Leserbriefe belegen das.

Kranichstein ist kein heißes Pflaster – schon gar nicht was Kriminalität angeht. Da rangieren viele Stadtteile in der entsprechenden Statistik vor Kranichstein.

Ist Kranichstein allerdings ein „muli-kultureller Stadtteil, in dem jeder gut leben kann“, wie die Leserbriefschreiber meinen? Gar ein Vorzeigestadtteil?

Solange noch fast 20 % aller Einwohner Leistungen nach SGB II (Hartz IV) erhalten und fast jeder zweite Jugendliche unter 15 Jahren von staatlicher Unterstützung abhängig ist, sind wir von solch paradiesischen Zuständen weit entfernt.

[rk]

Straßen in Kranichstein

Von wem hat die Grundstraße ihren Namen?

Peter Grund (* 1892 † 1966) leitete zwischen 1947 und 1959 die Bauverwaltung in Darmstadt. Die Säulengänge (Arkaden) in der Innenstadt und das Mollermaß („vier Stockwerke und keinen Stein mehr“ = kein Gebäude durfte höher sein als der „Lange Ludwig“) gehen auf ihn zurück.

Er plante selbst viele Gebäude im zerstörten Darmstadt: das Stadthaus in der Grafenstraße, Chirurgie im Klinikum, Feuerwehr, Jugendherberge, einige Schulen und mehr.

Mit dem Kennedy-Haus Ecke Neckar- und Rheinstraße knüpfte er an seine Tätigkeit als freier Architekt der 20er Jahre an (IHK Dortmund schon 1928). Die Tatsache, dass er NSDAP-Mitglied war und der Stil des Kennedy-Hauses auch von den Nazis bevorzugt worden war, hat ihn umstritten gemacht.

[wk]

Impressum

Der **blickpunkt Kranichstein** wird herausgegeben von der **D**eutschen **K**ommunistischen **P**artei Darmstadt-Bergstraße.

DKP-Darmstadt-Bergstraße
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt

Tel.: 06151/78 84 07
eMail: info@dkp-darmstadt.de
www.dkp-darmstadt.de

V.i.S.d.M.:
Rainer Keil, Heinrich-Fulda-Weg 13,
64289 DA-Kranichstein